

# ORF.at

## RH kritisiert Fehlen gesamtstaatlicher Blackout-Strategie

24.01.2025 10.33

Für den Fall eines Blackouts fehlt in Österreich ein gesamtstaatlicher Plan zur Information und Kommunikation. Das kritisiert der Rechnungshof (RH) in einem heute veröffentlichten Bericht. Alle Gebietskörperschaftsebenen hätten Vorbereitungen für einen solch umfassenden Stromausfall getroffen – jedoch sind diese unterschiedlich intensiv und unterschiedlich weit fortgeschritten. Der RH empfiehlt, die Vorbereitungsmaßnahmen regelmäßig zu überprüfen und zu optimieren.

Geprüft wurde auf Bundesebene unter anderem beim Innen- und beim Verteidigungsministerium, auf Landesebene im Land Steiermark und auf Gemeindeebene in der Stadtgemeinde Feldbach. Der überprüfte Zeitraum umfasste im Wesentlichen die Jahre 2018 bis 2023.

Ein Blackout ist von regionalen Stromausfällen oder einer Strommangellage zu unterscheiden, betonte der RH. Es sei ein überregionaler, plötzlich auftretender Stromausfall, gefolgt von Infrastruktur- und Versorgungsausfällen. In einem derartigen Szenario muss auch mit dem Wegfall gewohnter Kommunikationsmöglichkeiten wie Handy und Internet gerechnet werden. Ebenso eingeschränkt sind die Mobilität und die Versorgung mit Alltagsgütern.

### Keine einheitliche Kommunikation

Zur Zeit der Rechnungshof-Prüfung waren einzelne Blackout-Maßnahmen noch nicht voll ausgearbeitet, andere weit fortgeschritten bzw. in Umsetzung. Das Innenministerium definiert die Aufgabenstellungen zentral auch für die nachgeordneten Dienststellen. Das Außenministerium legt fest, dass sich Personal bestimmter Organisationseinheiten im Blackout-Fall in der Zentralstelle in Wien einzufinden hat.

### Stadtgemeinde Feldbach als Vorreiter

Feldbach ist auf Gemeindeebene ein Vorreiter bei Blackout-Vorbereitungen, die auch wissenschaftlich begleitet werden. Die

fünftgrößte Stadt der Steiermark setzte ihre Vorbereitungsmaßnahmen bis September 2023 größtenteils um, berichtete der RH.

Dazu gehören: die Stärkung der Eigenvorsorge der Bewohnerinnen und Bewohner, die Einrichtung von elf notstromversorgten fußläufig erreichbaren Selbsthilfebasen verteilt auf das Gemeindegebiet, die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Infrastruktur und relevanter Betriebe, die gesicherte Treibstoffversorgung durch eine notstromversorgte Tankstelle sowie die Gewährleistung der Kommunikation und Information.

red, ORF.at/Agenturen